

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 4. März 2019

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 22. Feb. 2019**Keine Solidarität gegen Abschiebung nach Algerien - Marburg unterstützt ICAN-Städteappell für eine atomwaffenfreie Welt – GWH-Vorgehen am Richtsberg gestoppt – fast alle Fraktionen für neue Parkhäuser**

In der Sitzung des Stadtparlaments am letzten Freitag im Februar standen wieder mehrere Aussprachen zu brisanten Themen an. In einem Dringlichkeitsantrag der Marburger Linken ging es um die Unterstützung einer algerischen Familie, die von Abschiebung bedroht ist. Nach einer Demonstration gegen Mieterhöhungen statteten zahlreiche Mieter*innen vom Richtsberg dem Parlament einen Besuch ab. Und weiterer Höhepunkt: Auf Antrag der Marburger Linken schloss sich Marburg als erste hessische Stadt dem Städteappell zur Ächtung von Atomwaffen an. Geplante Parkhausneubauten am Pilgrimstein und an der Alten Universitätsbibliothek stießen auf die Ablehnung der Linksfraktion.

Solidarität mit von Abschiebung bedrohter algerischen Familie „nicht dringlich“

In einem Dringlichkeitsantrag gleich zu Beginn forderte die Marburger Linke den Magistrat auf, sich für die von der Abschiebung bedrohte algerische Familie einzusetzen. Zuvor hatte sich der Pilot geweigert, die hochschwangere Mutter auszufliegen. Roland Böhm, Vorsitzender des Sozialausschusses, begründete für die Marburger Linke: „Diese Familie lebt in Marburg und ist mustergültig integriert. Sie bemüht sich darum, die Sprache zu lernen, Kinderbetreuung zu organisieren, um arbeiten gehen und vom eigenen Geld leben zu können. Besser kann Integration nicht aussehen“. Die Bitte an die Stadt, sich für einen alternativen Aufenthaltstitel für die Familie einzusetzen, wehrte Oberbürgermeister Spies als „nicht zuständig“ ab. SPD, CDU und Bürger für Marburg fanden den Antrag nicht dringlich. Eine bittere Stunde für die Marburger Kommunalpolitik, konnte man bisher doch annehmen, dass es einen Konsens gibt, wenn es um humanitäre Hilfe geht.

GWH – „gemeine Wohnungsbaugesellschaft“?

In einer längeren Debatte nahmen die Fraktionen zu geplanten Mieterhöhungen der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft GWH auf dem Richtsberg Stellung. Durch die Umstellung der Wärmeversorgung sollten erhebliche Mehrkosten auf die Mieter*innen bei der GWH zukommen. Tanja Bauder-Wöhr gratulierte den Bewohner*innen im Namen der Marburger Linken für die erfolgreiche Gegenwehr und übte noch einmal Grundsatzkritik an der GWH: „Es ist unverfroren, dass die GWH ihre Mieterhöhungen mit den Klimazielen der Bundesregierung in Zusammenhang gebracht hat. Denn eine wirkliche energetische Sanierung mit dem Ziel, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, hat die GWH niemals geplant.“ Die Marburger Linke hatte einen Antrag von SPD/CDU und BfM, der dan auf der Sitzung zurückgezogen wurde, durch die zentrale Forderung der Betroffenen nach einem Moratorium für die geplanten Baumaßnahmen ergänzt. Nun sind diese

erstmal ganz vom Tisch. Ein Thema aber bleibt: Am Richtberg muss das bereits bestehende energetische Konzept ohne Erhöhung der Warmmieten umgesetzt werden.

Neue Parkhäuser als Dauerbrenner

Anschließend erfolgte eine Aussprache zu den Parkhausplänen an der alten UB und dem Parkhaus Pilgrimstein. Die Fraktionsvorsitzende Renate Bastian erläuterte die ablehnende Position der Marburger Linken: „Parkhäuser in der Innenstadt oder im zentrumsnahen Bereich, das lehrt die Erfahrung, ziehen Verkehr an. Es kommt aber darauf an, den PKW-Verkehr aus der Innenstadt herauszuhalten, Verkehrsminderung zu betreiben. Nur dann kann man den Aufenthalt in der Stadt angenehmer und gesünder gestalten.“ Sie monierte, dass inzwischen auch die Grünen diesen Grundsatz aufweichen. Konsequenter stimmte die Marburger Linke gegen einen Ausbau des Parkhauses am Pilgrimstein und ein weiteres Parkhaus auf dem Gelände der alten Unibibliothek.

Umbau des Südbahnhofs

Dagegen schloss sich die Mehrheit des Hauses der Forderung der „Marburger Linke“ an, dass der Magistrat den barrierefreien Umbau des Marburger Südbahnhofs gemeinsam mit RMV und Deutscher Bahn konsequent vorantreiben müsse.

Ächtung von Atomwaffen

Einen weiteren wichtigen Erfolg konnte die „Marburger Linke“ erzielen. Der „Städteappell für eine atomwaffenfreie Welt - #ICANSave meine Stadt“ fand die Mehrheit von Marburger Linken, SPD und GRÜNEN in der Stadtverordnetenversammlung. Marburg ist damit die zweite deutsche und erste hessische Stadt, die diesen Schritt geht.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian, Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jonathan Schwarz, Inge Sturm